

Verkehr

Rat ö 01.09.2009

Aktuelle Stunde: a) Weitere Entwicklung des Flughafens Münster-Osnabrück (FMO); (TOP 3 a) Flughafen Münster – Osnabrück (FMO) (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) (TOP 5 c)

Beratungsverlauf:

Herr Hagedorn begründet die erneute Einbringung des Themas für eine aktuelle Stunde. Er verweist auf das Urteil des Bundesverwaltungsgerichtes, das am 12. Juni 2009 die endgültige Genehmigung für die Verlängerung der Start- und Landebahn verweigert habe und das Verfahren an das Oberwaltungsgericht zurückverwiesen habe. Er zitiert aus der Pressemitteilung des Gerichtes, dass beanstandet habe, dass das OVG trotz offensichtlich bestehender Unsicherheiten der Bedarfsprognose einen gewissen Stellenwert beigemessen werde.

Er nimmt Bezug auf die weiteren Einzelheiten der Pressemitteilung, wonach die Bedarfsprognose vom OVG erneut zu gewichten sein werde. Dies sei von den Mitgliedern der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen seit dem Jahr 2005 ebenfalls gefordert worden. Die Bedarfsprognose bezeichnet er durch die derzeitige Entwicklung als überholt. Er verweist auf festzustellende Fluggastzahlenrückgänge um 20 % gegenüber dem Zeitpunkt der Erstellung der Bedarfsprognose und auf bereits derzeit bestehende finanzielle Probleme für den FMO. Die Notwendigkeit eines bestehenden Bedarfes für den Ausbau des FMO werde nachzuweisen sein.

Er erinnert daran, dass die von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in der vergangenen Ratssitzung am 09. Juni 2009 vorgetragenen Hinweise auf einen in Twente geplanten Flughafen vom Oberbürgermeister mit dem Argument, dass dieser ausschließlich auf den niederländischen Markt abziele und somit ohne Bedeutung für den FMO sei, abgetan wurde. Er fordert die Ratsmehrheit dazu auf, ihre bisherige Haltung in dieser Frage kritisch zu überdenken und auch im Hinblick auf die finanzielle Situation in der angesprochenen Frage einen Neuanfang zu suchen.

Herr Oberbürgermeister Pistorius stellt demgegenüber fest, dass die zitierte Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichtes lediglich eine Detailfrage des vorgesehenen Startbahnausbaues betreffe. Insofern rät er dazu, die schriftliche Urteilsbegründung abzuwarten. Er stellt fest, dass in allen Fraktionen Einigkeit darüber bestehe, dass ein Flughafen Twente in Nachbarschaft zum FMO nicht funktionieren könne und sieht es als unrealistisch an, für ein entsprechendes Vorhaben einen Investor finden zu können. Trotz aller notwendigen Gelassenheit sei ein Signal an die niederländische Seite notwendig gewesen, dass nicht einerseits über grenzüberschreitende Kooperationen gesprochen und andererseits eine interne Konkurrenz geschaffen werden könne, die gegebenenfalls beide beteiligten Flughäfen tangiere. Zur Forderung der verbesserten Schienenanbindung verweist er darauf, dass die bereits bisher bestehenden Planungen deswegen nicht realisiert wurden, weil hierfür das erforderliche Fluggastaufkommen bisher nicht erreicht werde. Er sieht in dem Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen die Ablehnung einer Weiterentwicklung des Flughafens, was einem Rückschritt entspreche. Er spricht sich für die Annahme des schriftlich vorliegenden Änderungsantrages der Fraktionen von CDU, SPD und FDP aus (siehe Anlage).

Herr Dr. E. h. Brickwedde verweist auf die infrastrukturelle Bedeutung des FMO, die der bestehenden Bahnverbindungen, der bestehenden Wasserwege und der Hafenanbindung Osnabrücks entspreche, und bezeichnet diese als unverzichtbar. Er weist auf frühere Rückgänge der Entwicklung der Passagierzahlen, wie z. B. im Jahr 1982, in dessen weltweiter Rezession sich die Passagierzahlen im FMO zum Vorjahr halbiert hätten. Demgegenüber hätten sich die Prognosen in anderen Zeiträumen wider Erwarten gut entwickelt. Er fordert im Hinblick auf die direkt und indirekt mit dem Flughafen verbundenen Arbeitsplätze sowie im Hinblick auf die infrastrukturelle Bedeutung dazu auf, die bestehenden Fragen des Flughafens FMO langfristig zu planen.

Herr Kraemer sieht die wiederholte Diskussion um den FMO als gefährlich an. Er verweist auf die regionale Bedeutung und macht deutlich, dass die Gefahren der bestehenden Wirtschaftsrezession durchaus gesehen werden. Gleichzeitig verweist er auf bestehende Prognosen des Flughafenkonzeptes des Deutschen Bundestages, wonach sich das Fluggastvolumen bis 2025 bundesweit verdoppeln werde. Abschließend hebt er die Bedeutung des FMO für die Region Osnabrück und ihre Bewohner hervor.

Herr Jasper sieht in der Forderung der Verbesserung der Schienenanbindung im Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen einen positiven Ansatz und unterstützt diese Forderung. Er macht deutlich, dass für entsprechende Verbindungen ein Trasse bereits festgelegt sei und verweist auf bevorstehende ökologische Probleme bei der Querung der Ems. Er hebt hervor, dass die niederländische Seite bereits bisher einer der Vertragspartner für den FMO sei. Über die seinerzeit prognostizierten Kosten für die Herstellung der Strecken FMO – Osnabrück, FMO – Münster sowie die Herstellung der „Spange“ über Rheine hinaus wären daneben auch beträchtliche Betriebskosten zu leisten. Bezüglich des Argumentes der Belastung durch CO₂-Ausstoss durch Flugverkehre macht er deutlich, dass eine weltweite Einstellung des Flugverkehrs lediglich zu einer Minderung des CO₂-Ausstosses von 3 % führen würde. Er ruft ebenfalls dazu auf, die schriftliche Urteilsbegründung abzuwarten und bittet insgesamt um Zustimmung zu dem gemeinsamen Änderungsantrag.

Herr Dr. Thiele verweist ebenfalls darauf, dass keine endgültige Urteilsbegründung vorliege. Er erhebt den Vorwurf gegen die Mitglieder der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, dass diese wirtschaftsfördernde Effekte verhindern. Er fordert demgegenüber dazu auf, dem Änderungsantrag der Fraktionen von CDU, SPD und FDP zu folgen. Er legt dar, dass man sich als Partner im europäischen Raum verstehe und dankt für die Initiative der Landräte und Oberbürgermeister des deutschen grenznahen Raumes.

Herr Mierke spricht sich für die endgültige Ablehnung der Startbahnverlängerung aus. Er äußert die Hoffnung, dass in dem erforderlichen weiteren Gerichtsverfahren und Abwägungsprozess endgültig die Startbahnverlängerung untersagt werde. Er unterstützt in sofern den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Herr Hus nimmt Bezug auf das Urteil des Bundesverwaltungsgerichtes und legt dar, dass die SPD die derzeitigen wirtschaftlichen Entwicklungen ebenfalls mit Sorge wahrnehme. Er verweist darauf, dass in der bevorstehenden Sitzung des Aufsichtsrates der Stadtwerke der Geschäftsführer des FMO dort vortragen und man sich mit den bestehenden Prognosen auseinander setzen werde. Er hebt hervor, dass in der Frage der Verantwortung für den FMO Einigkeit zwischen allen Ratsfraktionen bestehe. Er verweist darauf, dass der vorgelegte Änderungsantrag in zwei Punkten identisch zu dem Ursprungsantrag der Grünen sei; allerdings werde es für sinnvoll erachtet, die schriftliche Urteilsbegründung abzuwarten und dann das weitere Vorgehen festzulegen.

Herr Bajus weist die Ausführungen von Herrn Oberbürgermeister Pistorius bezüglich der bisherigen und heutigen Haltung der Mitglieder der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zurück. Er verweist darauf, dass der Oberbürgermeister in der vergangenen Sitzung die Flughafenpläne auf niederländischer Seite als Gerücht bezeichnet habe. Die Ausführungen von Herrn Dr. Thiele und die Beurteilung der Auswirkungen aus der Haltung der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen weist er ebenfalls zurück. Er fordert dazu auf, die in der Pressemitteilung des Bundesverwaltungsgerichtes genannten Forderungen bezüglich der belastbaren Angaben zur Kenntnis zu nehmen. Zu dem vorliegenden Änderungsantrag stellt er fest, dass die Änderungen in den Absätzen 1 und 2 lediglich als redaktionell betrachtet werden. Der Inhalt des dritten Absatzes werde nachdrücklich abgelehnt.

Herr Cheeseman macht deutlich, dass er bislang die Haltung der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen geteilt habe. Er sieht jedoch keine Möglichkeit der Zustimmung zu dem heutigen Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, da dieser den Versuch darstelle, allen Seiten gerecht zu werden. Alle vorliegenden Antragstexte werden von ihm abgelehnt.

Sodann führt Herr Ratsvorsitzender Thöle das Einvernehmen aller darüber her, die Abstimmung über den schriftlich vorliegenden Änderungsantrag der Fraktionen von CDU, SPD und FDP wie folgt durchzuführen:

Abweichender Beschluss:

1. Der Rat hält einen Flughafen Twente als Konkurrenzangebot zum FMO für regionalpolitisch kontraproduktiv und volkswirtschaftlich ineffizient. Er unterstützt die Initiative des Oberbürgermeisters, durch direkte Kontakte mit politischen Vertretern aus den Niederlanden auf den Entscheidungsprozess in den Niederlanden hin Einfluss zu nehmen.
2. Um die regionale Bedeutung des FMO zu stärken, beauftragt er die Verwaltung, sich gemeinsam mit den anderen Trägern des FMO für eine Schienenanbindung des FMO an Twente, Münster und Osnabrück einzusetzen.
In die weiteren Überlegungen sollen die Ergebnisse der Untersuchungen des Schienenanschlusses aus dem Jahre 2002 einbezogen werden.
3. Die schriftliche Urteilsbegründung des BVerwG wird abgewartet. Auf dieser Grundlage wird dann das weitere Vorgehen festgelegt.

Beratungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen. Die Absätze 1 und 2 des Änderungsantrages werden mehrheitlich gegen eine Stimme angenommen. Der Absatz 3 wird mehrheitlich gegen die Stimmen der Mitglieder der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen sowie der Ratsmitglieder Cheeseman und Mierke angenommen.

Anlage zu Ziff. 3 (TOP 3 a) zur Niederschrift Rat ö 01. September 2009

CDU-Fraktion
SPD-Fraktion
FDP-Fraktion

Osnabrück, 01. September 2009

Antrag

Betreff: Flughafen Münster - Osnabrück (FMO) - Änderungsantrag

Beratungsfolge	Sitzungsdatum	Sitzungsart (NÖ/Ö)	TOP
Verwaltungsausschuss	01.09.2009	NÖ	
Rat der Stadt Osnabrück	01.09.2009	Ö	

Inhalt des Antrags:

1. Der Rat hält einen Flughafen Twente als Konkurrenzangebot zum FMO für regionalpolitisch kontraproduktiv und volkswirtschaftlich ineffizient. Er unterstützt die Initiative ~~der Verwaltung des Oberbürgermeisters~~, durch direkte Kontakte mit politischen Vertretern aus den Niederlanden auf den Entscheidungsprozess in den Niederlanden entsprechend Einfluss zu nehmen.
2. Um die regionale Bedeutung des FMO zu stärken, beauftragt er die Verwaltung, sich gemeinsam mit den anderen Trägern des FMO für eine Schienenanbindung des FMO an Twente, Münster und Osnabrück einzusetzen.
In die weiteren Überlegungen sollen die Ergebnisse der Untersuchungen des Schienenanschlusses aus dem Jahre 2002 einbezogen werden.
3. ~~Durch das Urteil des BVG ist ein weiteres Verfahren beim OVG notwendig. Der Rat erwartet, eine neue aktuelle Bedarfsprüfung des Start- und Landebahnausbaus sowie der betriebswirtschaftlichen Auswirkungen auf der Basis neu zu erhebender Fluggastprognosen. Er beauftragt die Vertreter der Stadt/Stadtwerke im Aufsichtsrat des FMO, sich für eine ergebnisoffene Prüfung einzusetzen.~~

Die schriftliche Urteilsbegründung des BVerwG wird abgewartet. Auf dieser Grundlage wird dann das weitere Vorgehen festgelegt.

gez. Dr. E. h. Fritz Brickwedde
CDU-Fraktionsvorsitzender

gez. Ulrich Hus
SPD-Fraktionsvorsitzender

gez. Dr. Thomas Thiele
FDP-Fraktionsvorsitzender